

Wochendienst

Nr. 46

vom 28. November 2014

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Bund

928. Sitzung des Bundesrates 3

Arbeit, Soziales und Familie

Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer, Berufsberatende und Eltern im Projekt Integrierte
Nachwuchsgewinnung im Handwerk 7

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November..... 8

Gesundheit und Verbraucherschutz

Vorsorgeuntersuchungen sind ein wichtiger Beitrag für die Kindergesundheit10

Aufstallungspflicht für Geflügel12

Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz.....13

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulabgänger 2014: Zahl der Ausbildungs-anfänger steigt auf bisherigen Höchststand15

Ferientermine für die Schuljahre 2017 bis 2024 in Hamburg beschlossen20

Ferienordnung für die Schuljahre 2017/18 bis 2023/24 in Hamburg121

Hamburger Schulen engagieren sich im Klimaschutz22

Wirtschaft, Verkehr und Innovation

U-Bahn-Netzausbau für die Mobilität in Hamburg25

Startschuss zur neuen EFRE-Förderperiode27

Schneller und staufrei: Hamburger Hafen macht Lkw Beine29

Bekanntnis zum Wirtschafts- und Logistikstandort Hamburg32

Wissenschaft und Forschung

Leinen los für den Fraunhofer-Standort Hamburg.....33

Kultur

Eröffnung der Silent University Hamburg.....35

Jury entscheidet über Vergabe der Mittel aus dem Elbkulturfonds.....37

Zur Information

Terminkalender39

Landesvertretung Hamburg, 27.11.2014/lv27

An der 928. Sitzung des Bundesrates am 28. November 2014 nehmen der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil.

Die Tagesordnung umfasst 46 Punkte.

Leistungen für Asylbewerber und EU-Freizügigkeit: Bundesrat berät abschließend

Der Bundesrat berät am Freitag abschließend über Leistungsverbesserungen für Asylsuchende und Änderungen im EU-Freizügigkeitsgesetz. Flüchtlinge und Geduldete sollen künftig höhere Leistungen für ihren Lebensunterhalt bekommen. Mit den entsprechenden Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz setzt die Bundesregierung ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von vor zwei Jahren um, welches die bisherigen Leistungsätze als zu niedrig bemängelte. Mit den Änderungen im EU-Freizügigkeitsgesetz sollen die Vorschläge des Staatssekretärsausschusses zur Bewältigung der innereuropäischen Armutswanderung umgesetzt werden. Außer finanziellen Entlastungen besonders belasteter Kommunen will die Bundesregierung künftig auch konsequenter gegen Missbrauch oder Betrug im Freizügigkeitsrecht, im Bereich illegaler Beschäftigung und beim Bezug von Sozialleistungen vorgehen. Das Votum der Länderkammer zu den beiden zustimmungspflichtigen Gesetzen ist derzeit noch offen. Im ersten Beratungsdurchgang wurden die gesetzlichen Maßnahmen angesichts der internationalen Konflikte als nicht ausreichend bzw. als nicht angemessen bewertet, um die besonderen Herausforderungen gut bewältigen zu können. So kommen immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland. Mindestens 200.000 Frauen und Männer werden es offiziell sein, die in diesem Jahr Asyl beantragen. Hinzu kommen zahlreiche minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, die Schutz in Deutschland suchen. Bund, Länder und Kommunen stehen gemeinsam vor der schwierigen Aufgabe, diesen Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen. Parallel zu den Gesetzesvorhaben wurden deshalb Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Ländern aufgenommen. Ein besonderes Anliegen Hamburgs ist es beispielsweise, Flüchtlingen eine gute und zügige Gesundheitsversorgung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sind vor allem Kostenentlastungen der betroffenen Länder und Gemeinden Gegenstand der Verhandlungen. Die getroffenen Verabredungen sollen eine Zustimmung des Bundesrates ermöglichen. Ohne diese können die Gesetze nicht in Kraft treten. Eine endgültige Einigung ist für den 11. Dezember 2014 im Rahmen der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin zu erwarten.

Elterngeld Plus: Ländervorschlag zur Stärkung der Alleinerziehenden aufgegriffen

Ab Juli kommenden Jahres können Eltern bis zu 28 Monate vom Elterngeld profitieren. Bisher ist die Bezugszeit auf 14 Monate begrenzt. Mit dem Elterngeld Plus kann künftig die Auszahlung der Förderung verlängert werden, wenn einer Teilzeittätigkeit nachgegangen wird. Teilen sich Mütter und Väter darüber hinaus auch noch die Betreuung des Kindes, indem beide in Teilzeit arbeiten, so erhalten sie jeweils als Partnerschaftsbonus noch weitere vier Monate Elterngeld Plus zusätzlich. Voraussetzung ist, dass beide Elternteile zeitgleich für vier Monate zwischen 25 und 30

Wochenstunden tätig sind. Das Gesetz zum Elterngeld Plus liegt der Länderkammer am Freitag zur abschließenden Beratung vor. Im ersten Durchgang hatte der Bundesrat einige Verbesserungen vorgeschlagen. Aufgegriffen wurde die auch von Hamburg unterstützte Forderung, Alleinerziehende besser zu berücksichtigen. Auch diese können nun 28 Monate lang Elterngeld Plus und zusätzlich den Partnerschaftsbonus erhalten, wenn sie in Teilzeit tätig sind. Ferner wurde der ebenfalls von Hamburg befürwortete Vorschlag einer Zustimmungsfiktion zum Antrag auf Teilzeitarbeit aufgenommen. Damit können Eltern ihre Arbeitszeitwünsche und die Verteilung der Arbeitszeit gegenüber dem Arbeitgeber besser durchsetzen. Das Gesetz wird den Bundesrat am Freitag ohne eine Anrufung des Vermittlungsausschuss passieren. Somit kann die Neuregelung der Familienförderung zum 1. Juli 2015 in Kraft treten. Das herkömmliche Elterngeld bleibt bestehen. Künftig können Eltern also zwischen beiden Varianten entscheiden oder diese kombinieren.

Rechtssicherheit für Schulen und Hochschulen im Umgang mit geschützten Werken

Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen, die urheberrechtlich geschützte Werke digitalisieren, dürfen diese nun dauerhaft für Unterrichts- und Forschungszwecke verwenden und ihren Schülerinnen und Schülern bzw. Studierenden in einem Intranet zugänglich machen. Dies sieht ein Gesetz zur Änderung des Urheberrechts vor, welches von den Regierungsfractionen in den Bundestag eingebracht wurde und der Länderkammer am Freitag zur Beratung vorliegt. Der Bundesrat begrüßt den Vorstoß ausdrücklich. Denn die rechtliche Grundlage für diesen eigentlich alltäglichen Vorgang wäre Ende des Jahres erneut ausgelaufen. Bereits drei Mal wurde die Sonderregelung für Schulen und Hochschulen verlängert. Hamburg hatte sich gemeinsam mit anderen Ländern in der vergangenen Legislaturperiode wiederholt für eine dauerhafte Lösung eingesetzt, um einen angemessenen und zeitgemäßen Zugang zu Unterrichtsmaterialien zu ermöglichen.

Schwarzfahren wird teurer: Bundesrat bringt einstimmig Verordnung auf den Weg

Das Schwarzfahren in Bussen und Bahnen könnte bald teurer werden. Voraussichtlich einstimmig wird der Bundesrat eine entsprechende Initiative Bayerns unterstützen, welche das Bußgeld für Schwarzfahren von derzeit 40 Euro auf künftig 60 Euro anheben will. Das sogenannte erhöhte Beförderungsentgelt soll die entstehenden Kosten bei den Verkehrsunternehmen zumindest teilweise ausgleichen. Nach Schätzungen des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) entstehen durch das Schwarzfahren allein im Bereich des HVV jährliche Einnahmeausfälle von etwa 20 Millionen Euro. Für diesen Betrag müssen hauptsächlich zahlende Fahrgäste aufkommen. Die derzeitige Bußgeldobergrenze von 40 Euro wurde seit mehr als zwölf Jahren nicht verändert. Seither sind sowohl die Preise, Löhne und Gehälter bei den Verkehrsunternehmen als auch die Fahrkartentarife deutlich gestiegen. Um seine Funktionen weiterhin erfüllen zu können, muss das erhöhte Beförderungsentgelt nach Meinung der Länder daher angepasst werden. Die Konferenz der Verkehrsminister und Verkehrsministerinnen hat sich im April vergangenen Jahres ebenfalls für eine Erhöhung ausgesprochen. Die Anhebung soll aus Sicht der Länderkammer möglichst schon im kommenden Jahr Geltung erlangen.

Öffentlicher Nahverkehr: Länderkammer fordert auskömmliche Finanzierung

Die Zahl der Fahrgäste in Bussen und Bahnen ist in den letzten 20 Jahren stetig gewachsen. Möglich wurde dies durch deutlich ausgeweitete Angebote des Öffentlichen Nahverkehrs, durch moderne Fahrzeuge, Investitionen in Bahnhöfe und Strecken sowie durch regional integrierte Tarifsysteme. Um

diese Erfolge fortzusetzen bedarf es nach Auffassung der Länder einer leistungsgerechten Unterstützung durch den Bund. Eine entsprechende Gesetzesinitiative liegt dem Bundesrat am Freitag zur Beratung vor. Es soll sofort in der Sache entschieden werden, denn die derzeitige Finanzierungsregelung zwischen Bund und Ländern läuft bereits zum Jahresende 2014 aus. Der Nahverkehr ist seit der Bahnreform von 1993 Ländersache. Für die Übernahme dieser neuen Aufgabe werden den Ländern Mittel aus der Mineralölsteuer des Bundes zur Verfügung gestellt, die sogenannten Regionalisierungsmittel. Die Länder hatten 1993 dem Gesamtkompromiss zur Bahnreform nur unter der Bedingung zugestimmt, dass ihnen die mit der Regionalisierung verbundenen Lasten voll ausgeglichen werden. Die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel sind folglich eine zentrale Säule der Finanzierung. Derzeit erhalten die Länder gut 7,3 Milliarden Euro pro Jahr mit einer jährlichen Anpassung von 1,5 Prozent (sogenannte Dynamisierung). Allerdings reicht der Betrag nicht aus. Durch eine erfolgte Kürzung der Mittel im Jahr 2007 und deutlich gestiegenen Kosten bei Trassen, Stationen, Personal und Energie sind erhebliche Defizite entstanden. Neben einer angemessenen Dynamisierung von 2 Prozent fordert der Gesetzentwurf deshalb eine Erhöhung der Bundesmittel auf 8,5 Milliarden Euro pro Jahr. Für die von Hamburg unterstützte Initiative zeichnet sich eine deutliche Mehrheit in der Länderkammer ab. Damit würde der Bundesrat einen einstimmigen Beschluss der Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister von Anfang Oktober 2014 umsetzen. Dieser wurde Mitte Oktober 2014 zudem von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten unterstützt. Hamburg könnte mit den höheren Zuweisungen notwendige Zukunftsprojekte angehen; wie etwa den Bau der neuen S-Bahnlinie S4 zwischen Hamburg und Bad Oldesloe sowie die Erweiterung des U-Bahnnetzes.

Bundesrat setzt sich für eine bessere Verkehrsfinanzierung ein

Neben dem zukunftsgerichteten Personennahverkehr steht auch eine Verbesserung der Straßenverkehrsinfrastruktur auf der Agenda der Länder. Mit einer EntschlieÙung auf Initiative Nordrhein-Westfalens und Baden-Württembergs soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine finanz- und verkehrspolitische Strategie für diesen Bereich zu entwickeln. Die Instandhaltung im Straßenverkehr ist seit Jahren erheblich unterfinanziert. Der resultierende Substanzverzehr ist mittlerweile vielerorts offenkundig. Die allgemein anerkannten Erhebungen der sogenannten „Daehre-Kommission“ weisen einen jährlichen Mehrbedarf von 7,2 Milliarden Euro aus, um den Investitionsstau in den nächsten 15 Jahren beseitigen zu können. Davon müssen allein 3,2 Milliarden Euro in Bundesverkehrswege investiert werden. Die Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister der Länder hatten bereits mehrfach Finanzierungsvorschläge unterbreitet. Für die auch von Hamburg unterstützte EntschlieÙung zeichnet sich eine Mehrheit im Bundesrat ab.

Europäisches Datenschutzrecht: Bundesrat will insbesondere Minderjährige schützen

Die Verhandlungen über die EU-Datenschutzreform nehmen nach mehrmonatiger Pause wieder an Fahrt auf. Schon im Dezember 2014 will der Europäische Rat für Justiz und Inneres über wesentliche Teile der sogenannten Datenschutz-Grundverordnung beschließen. Diese soll dann bereits 2015 in Kraft treten und die nationalen Datenschutzgesetze ersetzen. Der Bundesrat hat daher die Beratungen über den Verordnungsvorschlag wieder aufgenommen und wird am Freitag umfangreich Stellung nehmen. Ein erster Entwurf der EU-Datenschutzverordnung wurde bereits im Januar 2012 von der Europäischen Kommission vorgelegt. Die Länderkammer hatte allerdings erheblichen Nachbesserungsbedarf gesehen und zudem gegen den Vorschlag eine Subsidiaritätsrüge erhoben. In seiner aktuellen Stellungnahme begrüÙt der Bundesrat nun den Fortgang der Verhandlungen, weist

aber darauf hin, dass für einige Kernanliegen der Länder noch keine zufriedenstellenden Lösungen gefunden werden konnten. Vor allem äußert er die Sorge, dass unklar sei, inwieweit die derzeitigen deutschen Datenschutzregelungen noch bestehen bleiben könnten. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, bei den weiteren Verhandlungen auf den besonderen Schutz Minderjähriger hinzuwirken. Personenbezogene Daten Minderjähriger dürfen nach dem Willen der Länderkammer weder für Zwecke der Werbung noch zur Profilbildung eingesetzt werden. Für die Stellungnahme zeichnet sich eine Mehrheit im Plenum ab.

Sanierung und Abwicklung von Banken: Gesetzespaket passiert Bundesrat

Der Bundesrat wird am Freitag vier Gesetze der Bundesregierung zur Schaffung der Bankenunion abschließend beraten. Als Reaktion auf die im Jahr 2008 ausgebrochene globale Finanzkrise hatte die Europäische Kommission ein einheitliches Regelwerk normiert, welches Grundlage der Bankenunion ist. Mit den nun vorliegenden Gesetzen werden verschiedene europäische Richtlinien in nationales Recht umgesetzt. Übergreifendes Ziel ist es, einen sicheren und soliden Finanzsektor im Binnenmarkt der Europäischen Union zu schaffen. Dazu sind auch einheitliche Abwicklungsregelungen für insolvente Banken vorgesehen. Gerät künftig eine Bank in eine solche Schieflage, tragen zunächst deren Eigentümer und Gläubiger die finanziellen Verluste. Erst danach greift ein von den Banken finanzierter Abwicklungsfonds, der u.a. auch durch Beiträge Hamburger Banken wie der Hamburger Sparkasse und der HSH-Nordbank gespeist wird. Hierdurch sollen vor allem systemrelevante Institute und Finanzgruppen besser saniert, restrukturiert und abgewickelt werden – ohne die Finanzstabilität im Euroraum zu gefährden und ohne den Steuerzahler unmittelbar an der Bankenrettung beteiligen zu müssen. Die Länderkammer hatte im ersten Beratungsdurchgang umfangreich Stellung genommen. Da viele Vorschläge im weiteren Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt wurden, wird der Bundesrat am Freitag den Vermittlungsausschuss nicht anrufen. Allerdings werden die Länder mit einer von Hamburg unterstützten EntschlieÙung die Bundesregierung auffordern, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Landesförderbanken durch die vorgesehenen Beiträge zum Europäischen Bankenabwicklungsfonds so gering wie möglich belastet werden.

Rückfragen der Medien:

Dr. Katrin Cholotta

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Fon: 030 – 2 06 46-117

eMail: katrin.cholotta@lv.hamburg.de

www.hamburg.de/landesvertretung

25. November 2014/basfi25

„Das Handwerk hautnah erleben!“

Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer, Berufsberatende und Eltern im Projekt Integrierte Nachwuchsgewinnung im Handwerk

Es ist soweit! Das Projekt „Integrierte Nachwuchsgewinnung im Handwerk (INa)“ zählt den 100. Fortbildungsteilnehmenden! Seit Anfang des Jahres bietet das Projekt Fortbildungen für Multiplikatoren am Übergang Schule-Beruf an. Lehrerinnen und Lehrer sowie weitere wichtige Ansprechpartner für Jugendliche am Übergang Schule-Beruf sind seit Jahresbeginn eingeladen, an den vielfältigen Formaten teilzunehmen und sich davon zu überzeugen, welche attraktiven Perspektiven es für junge Menschen im Handwerk gibt.

„Wir bieten unsere Fortbildungen in Zusammenarbeit mit ausgewählten Hamburger Innungen und Handwerksbetrieben an. Unser gemeinsames Ziel ist es, zu zeigen, wie attraktiv die Arbeit im Handwerk ist und dass der Nachwuchs dringend gebraucht wird“, erklärt Johanna von Blanc, Projektleiterin von INa. „Wir wollen deutlich machen, dass eine Ausbildung im Handwerk keine Sackgasse ist, sondern immer auch ein Sprungbrett in eine spannende berufliche Zukunft darstellen kann!“

In den Fortbildungen, die vom Landesinstitut für Lehrerbildung anerkannt sind, probieren die Multiplikatoren sich selbst beim Fahrzeuglackieren in der Spritzkabine aus, stellen eigenhändig orthopädische Schuheinlagen her oder erleben, welche spannenden Handwerksberufe es im Theater gibt. Und das sind nur Beispiele! In den vielfältigen, überwiegend praxisorientierten Formaten kommen die Teilnehmenden zudem in Kontakt mit interessanten Experten aus der Wirtschaft, mit den Auszubildenden vor Ort und schnuppern die Atmosphäre in der Werkstatt. Nicht zuletzt erhalten die Multiplikatoren zahlreiche Informationen zur Aus- und Weiterbildung im Handwerk.

Weitere Informationen unter www.nachwuchs-handwerk.de.

Das Projekt „Integrierte Nachwuchsgewinnung im Handwerk (INa)“ wird von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) sowie durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration | ESF-Öffentlichkeitsarbeit
Nora Obenaus | T 040 42863 3959 | esf-pr@basfi.hamburg.de | www.esf-hamburg.de

24. November 2015/basfi24a

Helfen Sie Frauen, die von Gewalt betroffen sind!

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November

Weltweit wird der von den Vereinten Nationen deklarierte Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November genutzt, um das Thema mit unterschiedlichen Aktionen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Der Senat würdigt an diesem Tag das Engagement der Helferinnen und Helfer in der Arbeit mit gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen mit einem Senatsempfang im Rathaus.

Senator Detlef Scheele erklärt:

„Wir müssen helfen, wenn wir in unserem Umfeld Frauen und Mädchen kennen, die von Gewalt betroffen sind. Wegschauen ist inakzeptabel! Wir dürfen nicht zulassen, dass jede dritte Frau in Deutschland von sexueller Gewalt betroffen ist. Ich appelliere an alle: Helfen Sie Frauen, die von Gewalt betroffen sind!“

Besonders gefährdet sind diejenigen, die sich in Abhängigkeitsverhältnissen befinden und oft wenige Möglichkeiten haben, sich zur Wehr zu setzen bzw. Hilfe zu holen. Hierzu zählen insbesondere Mädchen, ältere Frauen oder Menschen in Pflegesituationen. Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind besonders gefährdet.

Mit dem Opferschutzkonzept hat der Senat die bestehenden und neuen Hilfsangebote gebündelt, damit die Beratungsarbeit noch zielgerichteter durchgeführt werden kann. Insgesamt stehen 4,3 Mio. Euro für die Arbeit im Opferschutz zur Verfügung.

Ein Senatsempfang am 25. November 2014, 12.00 Uhr, soll die Beratungsarbeit und das ehrenamtliche Engagement würdigen. Der vom Senat geförderte Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. hält in diesem Jahr den Festvortrag. Unterstützt wird er von Studentinnen der Medical School Hamburg (MSH) / Department Kunst, Gesellschaft und Gesundheit, die sich als Kulturschaffende im Rahmen ihres Studiums mit dem Thema auseinandergesetzt haben.

Aktivitäten am 25. November 2014

Auch dieses Jahr zeigt der Senat öffentlich Flagge gegen Gewalt an Frauen und hisst die Flagge „Frei leben ohne Gewalt“ von TERRE DES FEMMES am Hamburger Rathaus.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration unterstützt die Brötchentüten-Kampagne „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ des Arbeitskreises gegen Gewalt an Frauen und Mädchen und der Bäcker-Innung Hamburg. Um 8.00 Uhr verteilt Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek gemeinsam mit Bischöfin Kirsten Fehrs als Schirmherrin, den Organisatorinnen des Arbeitskreises, der Bäcker-Innung sowie zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern zum Auftakt der Kampagne persönlich Brötchen in der Wandelhalle des Hamburger Hauptbahnhofs.

Darüber hinaus findet um 12.00 Uhr im Hamburger Rathaus der Senatsempfang zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen statt, bei dem Senator Detlef Scheele ein Grußwort halten wird.

Senator Detlef Scheele unterstützt darüber hinaus die Selfie-Aktion vom bundesweiten #Hilfetelefon. Unter der kostenlosen Telefonnummer 08000 / 116 016 können sich von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen an 365 Tagen rund um die Uhr melden. Mehr Infos zum Hilfetelefon und zur Aktion gibt es unter <http://www.aktion.hilfetelefon.de/>.

Hintergrund

Der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen geht zurück auf die Verschleppung, Vergewaltigung und Ermordung von drei Frauen im Jahr 1960 in der Dominikanischen Republik durch Soldaten des ehemaligen Diktators Trujillo. Am 25. November organisieren Menschenrechtsorganisationen seit 1981 weltweit verschiedene Aktionen und Veranstaltungen. Offiziell erklärt wurde der 25. November durch die Vereinten Nationen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen im Jahr 1999.

Der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen ist in Hamburg die Fachberatungsstelle für die Opfer von Vergewaltigung und Nötigung. Er unterstützt Frauen, die die Gewalttat angezeigt haben und bietet ihnen eine psychosoziale Begleitung während des Strafprozesses. Der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. wird vollständig von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.
Beethovenstr.60, 22083 Hamburg
Tel.: 040 / 25 55 66 | notruf-hamburg@t-online.de
Internet: www.frauennotruf-hamburg.de

In Hamburg gibt es fünf Frauenhäuser, darunter vier autonom geführte und eine Einrichtung des Diakonischen Werkes. Die Häuser halten 194 Plätze für schutzsuchende Frauen und deren Kinder vor. Die Freie und Hansestadt Hamburg fördert die Frauenhäuser jährlich mit über 2 Mio Euro. Im Jahr 2013 haben insgesamt 749 Frauen und 537 Kinder Zuflucht in einem Hamburger Frauenhaus gefunden. Die durchschnittliche Verweildauer lag bei rund 82 Tagen.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Marcel Schweitzer | Pressesprecher
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg
Tel.: +49 40 42863 2889 | M +49 160 88 12 567
marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi | [@hh_basfi](https://www.instagram.com/hh_basfi)

24. November 2014/bgv24

Vorsorgeuntersuchungen sind ein wichtiger Beitrag für die Kindergesundheit

BGV wirbt mit Kampagne für Kindervorsorgeuntersuchung U7a



Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) startet mit „Denk' an mich!“ eine Kampagne, um Eltern und Sorgeberechtigte verstärkt auf die Kindervorsorgeuntersuchung U7a (34. - 36. Lebensmonat) aufmerksam zu machen. Ab dem 25. November werden dazu in 400 Stadtinformationstafeln im Stadtgebiet Plakate hängen. Außerdem werden Kinder- und Hausarztpraxen sowie die Einrichtungen des Hilfesystems, von Kitas über Elternschulen bis zu Mütterberatungsstellen, eingebunden und mit Plakaten, Postkarten und in Gesprächen informiert. Die Aktion findet in Kooperation mit der Ärztekammer Hamburg, dem Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte e.V. in Hamburg und dem Kinderschutzbund e.V., Landesverband Hamburg, statt.

„Die U-Untersuchungen sind ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Kindergesundheit“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Um gesundheitliche Probleme oder Entwicklungsverzögerungen bei Kindern rechtzeitig zu erkennen und gezielt behandeln zu können, sollten Eltern und Sorgeberechtigte die Angebote der kassenfinanzierten und für Eltern somit kostenfreien Vorsorgeuntersuchungen unbedingt nutzen.“

Die Kindervorsorgeuntersuchung U7a ist seit dem 1. Juli 2008 eine Leistung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), um die Lücke zwischen der [U7](#) (kurz vor dem zweiten Geburtstag) und der [U8](#) (im Alter von vier Jahren) zu schließen. Sie sollte in der Zeit vom 34. bis 36. Lebensmonat des Kindes durchgeführt werden und dazu beitragen, dass u.a. allergische Erkrankungen, Sozialisations- und Verhaltensstörungen, [Übergewicht](#), Sprachentwicklungsstörungen sowie Zahn-, Mund- und Kieferanomalien frühzeitig erkannt und behandelt werden können. Kindervorsorgeuntersuchungen werden von Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzten sowie von Hausärztinnen und -ärzten durchgeführt. Die Teilnahme daran ist freiwillig.

Die Kampagne „Denk' an mich!“ ist Teil der Hamburger Aktivitäten, um die Gesundheit von Kindern gezielt zu fördern und ihre Möglichkeiten für ein gesundes Aufwachsen, auch im Sinne des Kinderschutzes, zu erhöhen. Für die Untersuchungen U6 und U7 hatte der Senat bereits ein neues Einladungswesen eingeführt.

Weitere Informationen zu den Kindervorsorgeuntersuchungen sowie zur Kampagne „Denk‘ an mich“ (mit den Motiven zum Download) gibt es unter www.hamburg.de/kindergesundheit auf den Internetseiten der BGV.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

25. November 2014/bgv25

Aufstallungspflicht für Geflügel

Schutzmaßnahmen gegen Geflügelpest gelten auch in Hamburg

Am vergangenen Wochenende wurde der erste positive Befund auf aviäre Influenza (H5N8) bei einem Wildvogel auf Rügen bestätigt. Damit wurde dieser Erreger erstmals in Europa außerhalb der Nutztierhaltung festgestellt. Es handelt sich um eine erlegte Wildente, die keine Krankheitssymptome zeigte. In Abstimmung mit anderen Bundesländern verhängt Hamburg zum Schutz von Geflügel ein Aufstellungsgebot. In der Hansestadt sind rund 900 Geflügelhalter von der Stallpflicht betroffen, Ausnahmen für Hobbyhalter gibt es nicht. Hühner, Puten und Enten und anderes Geflügel müssen in Ställen oder überdachten Volieren untergebracht werden. Bei Nichtbeachtung können Bußgelder von bis zu 30.000 Euro verhängt werden.

Die infizierte Wildente wurde im Rahmen des Wildvogelmonitorings im Landkreis Vorpommern-Rügen erlegt. D.h. deutlich außerhalb des Risikogebietes, das 50 Kilometer rund um einen bislang betroffenen Betrieb in Heinrichswalde, Landkreis Vorpommern-Greifswald, liegt. Dadurch besteht der Verdacht, dass nach den bekannten Ausbrüchen in Deutschland, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich, das Erregerreservoir in der Wildvogelpopulation liegt. Bei den Fällen in den Niederlanden und in Vorpommern handelt es sich nach bisherigen Erkenntnissen um eine identische Virusvariante.

Zum Schutz der Nutztierbestände wurde deshalb auch in Hamburg beschlossen, das so genannte „Aufstellungsgebot“ umzusetzen. Alle registrierten Geflügelhalter werden schriftlich informiert und verbindlich aufgefordert, den möglichen Kontakt des Geflügels zu Wildvögeln zu unterbinden. Darüber hinaus gelten allgemeine Schutzmaßregeln wie z.B. Wildvögeln keinen Zugang zu Futter, Einstreu und Gegenständen zu gewähren und Tiere nicht mit Oberflächenwasser zu tränken, zu dem wildlebende Vögel Zugang haben. Daneben sind unklare Krankheits- bzw. Todesfälle bei Geflügel durch eine schnellstmögliche Untersuchung auf Geflügelpest abzuklären. Bei Beständen von über 100 Tieren müssen zudem Aufzeichnungen über verendete Tiere gemacht werden. In allen Verdachtsfällen ist umgehend das zuständige Verbraucherschutzamt der Bezirke zu informieren.

Weitere Informationen stehen auf der Seite der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) unter www.hamburg.de/tiere zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

26. November 2014/bgv26

Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz

Modellprojekt von BGV und Handelskammer zur Gefährdungsbeurteilung für Unternehmen

Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten sind für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ein wichtiger Faktor. Trotz zahlreicher Empfehlungen und Handlungshilfen wissen viele Betriebe nicht, wie sie das Thema psychische Belastung am Arbeitsplatz konkret anpacken können. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) und die Handelskammer Hamburg bieten interessierten Unternehmen jetzt die Möglichkeit, eine „Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung“ gesetzeskonform in einem Modellprojekt umzusetzen. Die gewonnenen Erkenntnisse des Projektes sollen auch genutzt werden, um Informations- und Beratungsangebote gezielt weiter zu entwickeln.

Das gemeinsame Modellprojekt der BGV und der Handelskammer Hamburg soll Betriebe bei ihrer Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung bei der Arbeit unterstützen. Eine solche Beurteilung gehört zu den gesetzlichen Pflichten der Unternehmen. Gesucht werden Hamburger Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor, vor allem kleinere und mittelgroße Betriebe, die sich an dem Projekt beteiligen. Die Teilnahme an dem Projekt ist für die Unternehmen kostenfrei. Rund 600 Hamburger Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten wurden bereits angeschrieben.

Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks: „Die Betriebe werden durch eine Erstberatung und Bestandsaufnahme des Amtes für Arbeitsschutz vor Ort unterstützt. Sie erfahren dabei, welche Belastungsfaktoren sie beurteilen müssen und erhalten Hinweise für das weitere Vorgehen. In einer Zweitbesichtigung wird dann die entwickelte Gefährdungsbeurteilung bewertet. Dadurch können Unternehmen einen wesentlichen Schritt für eine bessere Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen.“

Der **Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg, Prof. Hans-Jörg Schmidt-Trenz,** appelliert an die Betriebe mitzumachen: „Eine Förderung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter ist kein Luxus, sondern eine Investition in die Zukunft des eigenen Unternehmens. Nutzen Sie die Gelegenheit mitzumachen und seien Sie Vorbild für andere.“

Voraussetzung für die Teilnahme am Modellprojekt ist lediglich, dass sich Unternehmensleitung und Mitarbeitervertretung über die Vorgehensweise und die Zielsetzung einig sind. Über die weiteren Details zur Teilnahme informieren die Projektträger neben den Anschreiben ausführlich in einer Auftakt-Veranstaltung vor Projektbeginn. Dort werden Unternehmen aus der Dienstleistungsbranche ihren Prozess und die Ergebnisse ihrer Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung vorstellen.

Die Ansprechpersonen für Unternehmen:

- Dr. Sabine Eligehausen, Leiterin Arbeitnehmerschutz im Amt für Arbeitsschutz der BGV, Telefon: 040 428 37 3146 bzw. sabine.eligehausen@bqv.hamburg.de;
- Paul Elsholz, Leiter Dienstleistungswirtschaft der Handelskammer Hamburg, Telefon: 040 36138-276 bzw. paul.elsholz@hk24.de.

Weitere Informationen sowie einen Flyer zu dem Modellprojekt finden Sie unter www.hamburg.de/arbeitsschutz beziehungsweise www.hk24.de/gesundheitswirtschaft.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bqv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bqv

Pressestelle der Handelskammer Hamburg

Dr. Jörn Arfs; Tel.: 040/ 36 138-301

E-Mail: Joern.Arfs@hk24.de; Internet: <http://www.hk24.de/>

24. November 2014/bsb24

Schulabgänger 2014: Zahl der Ausbildungs-anfänger steigt auf bisherigen Höchststand

1.893 Schulabgängerinnen und -abgänger von Stadtteilschulen und Förderschulen beginnen direkt eine Berufsausbildung

Die Zahl der Jugendlichen, die nach Klasse 10 der Stadtteilschulen oder Förderschulen direkt in eine Berufsausbildung gewechselt sind, ist in diesem Jahr erheblich angestiegen. 1.893 Jugendliche begannen direkt nach der Schule eine Berufsausbildung, das sind 450 mehr als im Vorjahr und sogar 555 mehr als 2012. Weitere 1.910 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz werden in den berufsbildenden Schulen auf eine Ausbildung vorbereitet. 1.245 Schulabgänger wechselten in andere Anschlussangebote wie Bundeswehr oder freiwilliges soziales Jahr. Schulsenator Ties Rabe: „Dank der Jugendberufsagentur bekommen immer mehr Jugendliche direkt nach der Schule einen Ausbildungsplatz, zudem geht kein Jugendlicher mehr beim Übergang von der Schule in den Beruf verloren. Die eingeleiteten Reformen beginnen zu wirken.“

Senator Ties Rabe: „Mit drei entscheidenden Reformmaßnahmen haben wir den Übergang von der Schule in den Beruf verbessert. Seit 2013 werden Schülerinnen und Schüler schon in der Schule gezielt auf Beruf und Studium vorbereitet. Die 2012 gegründete Jugendberufsagentur begleitet und berät alle Schulabgänger aktiv beim Übergang von der Schule in den Beruf. Und die bereits 2011 reformierten Übergangsmaßnahmen der berufsbildenden Schulen führen Jugendliche ohne Ausbildungsplatz schneller als bisher in ein Ausbildungsverhältnis. Dass dies immer besser gelingt, zeigen die steigenden Übergangszahlen in die Berufsausbildung: 450 Ausbildungsanfänger mehr als im Vorjahr sind ein wichtiges Signal. Jeder Jugendliche ist wichtig, keiner darf nach der Schule verloren gehen und alle sollen eine passgenaue Anschlussperspektive bekommen.“

Michaela Bagger, Operative Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Hamburg: „Für Jugendliche in Hamburg ist die Berufswahl transparenter und planbarer geworden. Denn mit der flächendeckenden neuen Berufs- und Studienorientierung erreichen wir die Mädchen und Jungen sehr viel früher und können so den individuellen Berufswahlprozess nahtlos begleiten und ihnen jede gewünschte Hilfe anbieten. Was unsere Berufsberaterinnen und -berater zuvor allein anboten, geschieht jetzt im Team mit allen Partnern in der Jugendberufsagentur und ermöglicht den Jugendlichen einen guten Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung, ein Studium oder Angebote der Berufsvorbereitung.“

Jugendliche werden nach der Schule systematisch begleitet

Im Rahmen der neuen „Berufs- und Studienorientierung“ werden die Jugendlichen bereits in der Schule ab Klasse 8 auf den Übergang in Beruf und Studium vorbereitet. Jeder Jugendliche kann so seinen Weg in Ausbildung oder Schule klären und vorbereiten. Das entscheidende Scharnier zwischen Schule und Beruf übernimmt dann die Jugendberufsagentur (JBA). Fachleute aus Arbeitsagentur, Jobcenter, beruflichen Schulen und Bezirksämter arbeiten in sieben bezirklichen Standorten der

Jugendberufsagentur unter einem Dach zusammen und beraten und begleiten alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger beim Weg in die Berufsausbildung. Unterstützt werden sie dabei von den Schulen. Dank dieser Zusammenarbeit ist erstmals gewährleistet, dass jeder Jugendliche nach der Schule eine Perspektive bekommt und kein Jugendlicher beim Übergang in den Beruf verloren geht. Wer keinen Ausbildungsplatz bekommen hat, wird im Rahmen der neuen „dualisierten Ausbildungsvorbereitung“ an den berufsbildenden Schulen gezielt auf die Berufswelt vorbereitet.

Dank der Jugendberufsagentur stehen jetzt im dritten Jahr präzise Daten zu den Übergangszahlen zur Verfügung. Aufgrund einer einmaligen Schulreform sind die Daten des Jahres 2013 allerdings nicht repräsentativ. Im Jahr 2014 haben 5.059 Schülerinnen und Schüler vor dem Eintritt in die Oberstufe die Stadtteil- und Förderschulen verlassen (2012: 5.307). 1.893 Jugendliche (2012: 1.338) konnten direkt im Anschluss an die Schule eine berufliche Ausbildung beginnen, 555 mehr als zwei Jahre zuvor. Die Quote stieg damit von 25,2 auf 37,4 Prozent. 25,1 Prozent der Jugendlichen begannen eine betriebliche Ausbildung (1.270), 9,5 Prozent eine Ausbildung an einer vollqualifizierenden Berufsfachschule (480), 2,4 Prozent im Rahmen der Berufsqualifizierung (122) und 0,4 Prozent außerbetrieblich (21).

1.910 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz (2012: 2.054) begannen in den berufsbildenden Schulen eine Ausbildungsvorbereitung zur Vorbereitung des Übergangs in den Beruf. 1.245 Jugendliche (2012: 1.905) wechselten in andere Anschlussmaßnahmen wie zum Beispiel Bundeswehr, freiwilliges soziales Jahr, freiwilliges ökologisches Jahr, oder ihre Schulpflicht endete und sie wechselten in Anschlussmaßnahmen der Arbeitsagentur. 394 von ihnen, die nicht mehr schulpflichtig sind und noch keine Anschlussperspektive haben, erhalten Beratungsangebote. Neben noch freien betrieblichen Ausbildungsstellen stehen hierfür geförderte Ausbildungsplätze oder Berufsvorbereitungsmaßnahmen zur Verfügung sowie freie Plätze in der Berufsqualifizierung im Hamburger Ausbildungsmodell.

Auch in diesem Jahr konnte die Jugendberufsagentur lückenlos sicherstellen, dass kein Jugendlicher nach Abschluss der Schule verloren ging. Wenn Jugendliche nach Schulabschluss weder einen Ausbildungsplatz erlangen noch sich an den berufsbildenden Schulen oder bei der JBA angemeldet haben, werden die Beraterinnen und Berater der JBA aktiv, schreiben die Jugendlichen an oder besuchen sie zu Hause. Gegen elf schulpflichtige Jugendliche wurde wegen Fernbleibens ein Absentismusverfahren eingeleitet, 43 schulpflichtige Jugendliche waren zum Stichtag 15. September in aufsuchender Beratung der JBA.

Von den 1.910 schulpflichtigen Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz wechselten 177 in Produktionsschulen und 1.733 in die dualisierte Ausbildungsvorbereitung an den berufsbildenden Schulen. Im Rahmen dieser Ausbildungsvorbereitung lernen sie sowohl im Betrieb als auch in den berufsbildenden Schulen, um zügig in eine Berufsausbildung überzugehen. Die Ausbildungsvorbereitung ist seit dem Schuljahr 2013/14 Regelangebot an jetzt 21 berufsbildenden Schulen, davon acht mit einem inklusiven Angebot.

Dualisierte Ausbildungsvorbereitung schafft Chancen

Die neue Ausbildungsvorbereitung für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz hat den nachträglichen Übergang in die Berufsausbildung ebenfalls deutlich verbessert. 1.077 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz (47,9 Prozent) konnten dank der Ausbildungsvorbereitung nach spätestens einem

Jahr eine Ausbildung oder Beschäftigung beginnen. Im Einzelnen begannen 644 (2012/13: 588) eine betriebliche Ausbildung, 178 (2012/13: 164) eine geförderte Ausbildung und 93 Jugendliche (2012/13: 58) eine schulische Berufsausbildung. 162 Jugendliche gingen in Arbeit und Beschäftigung über (2012/13:135). Aus den Produktionsschulen sind weitere 159 Jugendliche in Ausbildung oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung übergegangen.

Als weitere Maßnahme für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz hat sich die Berufsqualifizierung bewährt: Sie können an den beruflichen Schulen direkt eine Ausbildung in ausgewählten Berufen beginnen und sie später in Betrieben fortsetzen. Im Schuljahr 2013/14 schlossen rund 70 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr BQ-Jahr erfolgreich ab und wechselten in eine duale Berufsausbildung. Jugendliche, die nach erfolgreichem Bestehen des ersten Jahres keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, setzen ihre Berufsausbildung bei einem Träger fort und erhalten dadurch eine Ausbildungsgarantie. Für das Schuljahr 2014/15 konnten 470 BQ-Plätze in 18 Schulen für insgesamt 31 Berufe bereitgestellt werden, von denen derzeit 276 Plätze belegt sind.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Dr. Angela Homfeld, Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (040) 4 28 63 – 2842

E-Mail: angela.homfeld@hibb.hamburg.de

Internet: www.hibb.hamburg.de

Anlage:

Verbleib der Schulabgänger 2012, 2013 und 2014

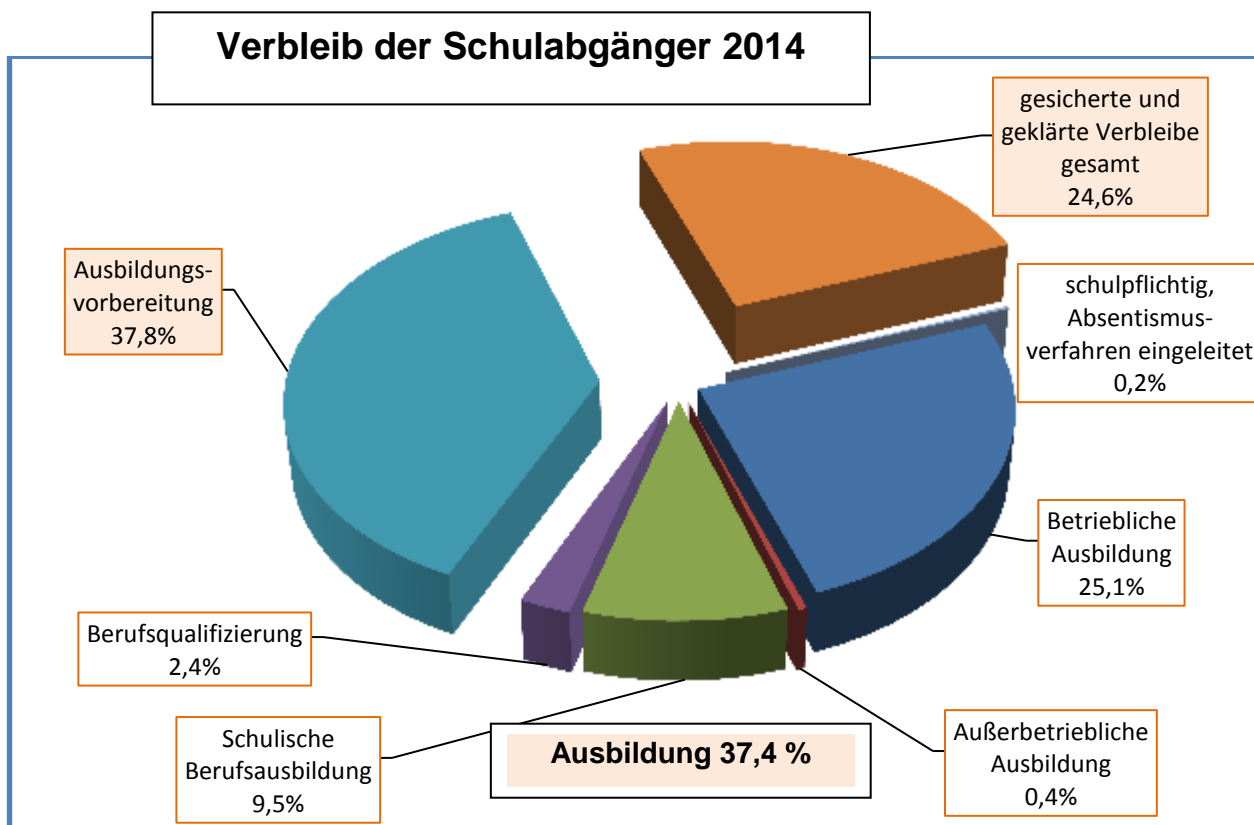
(Erhebungen Stand 04.09.2012, 15.09.2013, 15.09.2014)

Verbleib der Schulabgänger ¹ <i>(aufgrund einer einmaligen Schulreform weichen die Zahlen 2013 erheblich ab)</i>	2012	2012	2013	2013	2014	2014
		Prozent von N=5.307		Prozent von N=3.731		Prozent von N=5.059
Ausbildung gesamt	1.338	25,20%	1.443	38,7%	1.893	37,4%
davon betriebliche Ausbildung	918	17,3%	868	23,3%	1.270	25,1%
davon außerbetriebliche Ausbildung	28	0,5%	17	0,5%	21	0,4%
davon schulische Berufsausbildung	222	4,2%	492	13,2%	480	9,5%
davon Berufsqualifizierung	170	3,2%	66	1,7%	122	2,4%
Ausbildungsvorbereitung (AV, Produktionsschule)	2.054	38,7%	1.455	39%	1.910	37,8%
gesicherte und geklärte Verbleibe gesamt	1.905	36,0%	833	22,3%	1.245	24,6%
davon gesicherte Anschlüsse (Berufsvorbereitende Maßnahmen, FSJ, FÖJ, Bundesfreiwilligendienst, nicht mehr Schulpflichtige in Beratung der JBA, Bundeswehr, Auslandsaufenthalt)	664	12,5%	618	16,5%	995	19,7%
davon teilqualifizierende Berufsfachschule	1.241	23,0%	0	0%	0	0%
davon sonstige gesicherte Verbleibe (Abmeldung aus Hamburg)	o.A. ³	o.A.	215	5,8%	250	4,9%
Ungesicherter Verbleib	10	0,1%			11 ²	0,2%
Gesamtergebnis	5.307	100,00%	3.731	100,00%	5.059	100%

¹2012: Nach Klassen 9 und 10 der Stadtteilschulen und Förderschulen (staatlich und staatlich-anerkannt); 2013 und 2014: Nach Klasse 10 der Stadtteilschulen sowie Klasse 9 oder 10 der Förderschulen (staatlich und staatlich anerkannt)

² schulpflichtige Jugendliche mit ungesichertem Verbleib, nach aufsuchender Beratung durch Jugendberufsagentur wurde Absentismusverfahren eingeleitet

³ Im Jahr 2012 wurden „Abmeldungen aus Hamburg“ nicht gesondert erfasst



25. November 2014/bsb25a

Ferientermine für die Schuljahre 2017 bis 2024 in Hamburg beschlossen

Die Deputation der Behörde für Schule und Berufsbildung hat die Ferientermine für die Schuljahre 2017/18 bis 2023/24 in Hamburg beschlossen. Grundlage war der vorangegangene Beschluss der Kultusministerkonferenz über die Sommerferientermine aller Bundesländer. Hamburg bildet demnach eine Sommerferien-Ländergruppe mit Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Seit dem Schuljahr 1994/95 beginnen die Sommerferien in Hamburg an einem Donnerstag. Dabei steht die Überlegung im Vordergrund, Familien die Option zu lassen, schon vor dem Wochenende Urlaubsfahrten antreten zu können und zu einer Entzerrung des Urlaubsverkehrs beizutragen. Das korrespondiert mit den fortlaufenden Appellen von Polizei und Automobilclubs, auch die Wochentage als Reisetage zu nutzen und trägt deren Erfahrungen Rechnung, nach der insbesondere der Freitag als Reisetag an Bedeutung gewonnen hat und entzerrend wirkt.

Die Ferientermine sind u.a. aufgrund folgender Kriterien festgelegt worden:

- Unterrichtszeiträume sollen pädagogisch sinnvoll rhythmisiert werden.
- Einzelne isoliert liegende Unterrichtstage zwischen Feiertagen und Wochenenden sollen vermieden werden.
- Anmeldezeiträumen für die Klassen 1 und 5 im Februar jeden Jahres und die Durchführung zentraler Abschlussprüfungen sollen berücksichtigt werden.
- Jeweils zweiwöchige Märzferien und einwöchige Maiferien, in der Regel in der Woche um Himmelfahrt. Damit wird nach wie vor dem deutlichen Votum der 1998 durchgeführten Eltern- und Schülerbefragung zur Terminierung der Frühjahrsferien gefolgt.
- Mit Schleswig-Holstein wurden die Ferien für Herbst und Weihnachten abgestimmt, um allen Familien in den Randgebieten gemeinsame Ferien zu ermöglichen.

Anlage: Ferientermine 2017-2024

Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Telefon (040) 428 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

Newsletter: www.hamburg.de/bsb/newsletter

Ferienordnung für die Schuljahre 2017/18 bis 2023/24 in Hamburg¹

Schuljahr	Herbst	Weihnachten	Winter	Ostern/Frühjahr	Himmelfahrt/Pfingsten	Sommer
2017/18	02.10. / 16.10. - 27.10.2017	22.12.2017 - 05.01.2018	02.02.2018	05.03.2018 - 16.03.2018	30.04. / 07.05. - 11.05.2018	05.07.2018 - 15.08.2018
2018/19	01.10.2018 - 12.10.2018	20.12.2018 - 04.01.2019	01.02.2019	04.03.2019 - 15.03.2019	29.04. - 03.05.2019 / 31.05.	27.06.2019 - 07.08.2019
2019/20	04.10.2019 - 18.10.2019	23.12.2019 - 03.01.2020	31.01.2020	02.03.2020 - 13.03.2020	04.05. - 08.05.2020 / 22.05.	25.06.2020 - 05.08.2020
2020/21	05.10.2020 - 16.10.2020	21.12.2020 - 04.01.2021	29.01.2021	01.03.2021 - 12.03.2021	10.05.2021 - 14.05.2021	24.06.2021 - 04.08.2021
2021/22	04.10.2021 - 15.10.2021	23.12.2021 - 04.01.2022	28.01.2022	07.03.2022 - 18.03.2022	23.05.2022 - 27.05.2022	07.07.2022 - 17.08.2022
2022/23	10.10.2022 - 21.10.2022	23.12.2022 - 06.01.2023	27.01.2023	06.03.2023 - 17.03.2023	15.05.2023 - 19.05.2023	13.07.2023 - 23.08.2023
2023/24	02.10. / 16.10. - 27.10.2023	22.12.2023 - 05.01.2024	02.02.2024	18.03.2024 - 28.03.2024	10.05. / 21.05. - 24.05.2024	18.07.2024 - 28.08.2024

Stand: 18.11.2014

¹ Angegeben ist jeweils der erste und letzte Ferientag.

27. November 2014/bsb27

Hamburger Schulen engagieren sich im Klimaschutz

Vergabe des Gütesiegels „Klimaschule“ an 40 Schulen

40 Hamburger Schulen wurden im Rahmen einer feierlichen Auszeichnungsveranstaltung im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) für ihre vorbildliche Arbeit im Klimaschutz mit dem Gütesiegel „Klimaschule 2015-2016“ ausgezeichnet. Mehr als 1.200 Klimaschutz-Maßnahmen haben die Schulen in den letzten Jahren umgesetzt und jährlich dabei rund 1.400 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden.

Schon von weitem fällt die neue Windkraftanlage der Otto-Hahn-Schule auf. „Diese Klimaschule setzt einen Akzent im Bereich der erneuerbaren Energien und ermöglicht damit die praxisnahe Beschäftigung mit der Energiewende“, erläuterte Dr. Michael Just von der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) bei der Übergabe des Gütesiegels „Klimaschule“. Die 40 ausgezeichneten Schulen haben bisher über 1.200 Klimaschutz-Maßnahmen in den Handlungsfeldern Strom, Wärme, Abfall, Beschaffung, Ernährung und Mobilität umgesetzt.

Dazu haben alle Schulen einen schulinternen Klimaschutzplan mit jeweils rund 40 Maßnahmen erstellt. Der Klimaschutzplan wird vom höchsten Gremium in der Schule, der Schulkonferenz, verabschiedet und ist damit verbindlich. Während der Umsetzungsphase kommen in der Regel weitere Maßnahmen hinzu: Allein 2014 haben die 40 Schulen über 250 neue Maßnahmen in die Klimaschutzpläne aufgenommen.

Die meisten pädagogischen und technischen Maßnahmen sorgen dafür, dass die Schulen CO₂ einsparen, unter anderem durch die Installation von Bewegungsmeldern (um unnötige Beleuchtung zu vermeiden), die Umrüstung auf sparsame LED-Beleuchtungstechnik, die Vermeidung von Wärmeverlusten durch Stoßlüften oder andere kleintechnische Maßnahmen. Dazu werden die Themen „Klimawandel und Klimaschutz“ auf vielfältige Weise aufgegriffen - im Fachunterricht und in Projekten wie einer Klimaschutzwoche für die ganze Schule.

Seit 2010 können sich Hamburger Schulen für das Gütesiegel „Klimaschule“ bewerben. Ziel des Programms ist die Stärkung der Klima-Kompetenzen der Schulgemeinschaft sowie die Reduzierung der CO₂-Emissionen, die durch den Schulbetrieb verursacht werden. Die Schulen müssen sich alle zwei Jahre neu für eine Auszeichnung als „Klimaschule“ bewerben. Das LI betreut und berät die Schulen auf dem Weg zur Klimaschule und organisiert das Bewerbungs- und Auswahlverfahren. Dazu werden die Bewerbungen durch das Referat „Umwelterziehung und Klimaschutz“ am LI vorab geprüft. Über die Vergabe entscheidet allerdings nicht das LI, sondern eine behördenübergreifende Kommission.

Andreas Giese, Sprecher der Vergabekommission und Leiter der Abteilung Fortbildung im LI, lobte die Anstrengungen der Schulen: „Zukünftig, also in den Jahren 2015 und 2016, wird es in Hamburg

insgesamt 66 Klimaschulen geben. Durch die Umsetzung der Maßnahmen reduzieren die hier ausgezeichneten Schulen ihre Emissionen um rund 1.400 Tonnen CO₂ jährlich. Damit werden die gesamten Strom- und Wärmeemissionen von vier Hamburger Schulen kompensiert. Und das Jahr für Jahr.“

Anlage: Schulliste Wiedervergabe + Erstvergabe des Gütesiegels „Klimaschule“

<p>Pressekontakt:</p> <p>Cordula Vieth, Referatsleitung Referat Umwelterziehung und Klimaschutz Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) Tel. (040) 42 88 42 - 340 cordula.vieth@li-hamburg.de www.li.hamburg.de/umwelterziehung</p>	<p>Fachkontakt:</p> <p>Björn von Kleist, Beratung Klimaschulen Referat Umwelterziehung und Klimaschutz Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) Tel. (040) 42 88 42 - 342 bjoern.vonkleist@li-hamburg.de www.li.hamburg.de/umwelterziehung</p>
--	---

Wiedervergabe des Gütesiegels „Klimaschule“

Grundschulen

Grundschule Am Heidberg
Grundschule Kirchdorf
Grundschule Nydamer Weg
Schule Lokstedter Damm
Schule Müssenredder
Fridtjof-Nansen-Schule
Grundschule Sternschanze
Schule Am Sooren
Schule Brehmweg
Schule Grumbrechtstraße
Schule Krohnstieg
Schule Rothestraße
Grundschule Am Kiefernberg

Stadtteilschulen (STS)

Goethe Schule Harburg

Heinrich-Hertz-Schule
Otto-Hahn-Schule
Stadtteilschule Am Heidberg
Stadtteilschule Barmbek
Stadtteilschule Eidelstedt
Stadtteilschule Hamburg-Mitte
Stadtteilschule Lohbrügge
Stadtteilschule Walddörfer
Gyula Trebitsch Schule
Stadtteilschule Am Hafen
Stadtteilschule Oldenfelde

Gymnasien

Albrecht-Thaer-Gymnasium
Gymnasium Allee
Gymnasium Oldenfelde
Lise Meitner Gymnasium
Goethe-Gymnasium
Gymnasium Allermöhe
Gymnasium Rahlstedt
Helene Lange Gymnasium

Berufliche Schulen

Berufliche Schule Holz.Farbe.Textil. (G6)
Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Schlankreye (H3)
Staatliche Fachschule für Sozialpädagogik 2 (FSP2)

Erstvergabe des Gütesiegels Klimaschule

Staatliche Gewerbeschule Chemie Pharmazie Agrarwirtschaft (G13)
Berufliche Schule für Wirtschaft und IT City Nord (H7)
Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Kieler Straße (H19)
Staatliche Schule Sozialpädagogik Harburg (W5)

25. November 2014/bwvi25

U-Bahn-Netzausbau für die Mobilität in Hamburg

Der Senat hat zur Anbindung von Bramfeld und Steilshoop an das bestehende U-Bahn-Netz einen weiteren Schritt getan. Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Frank Horch und Hochbahn-Chef Günter Elste stellten heute die konkretisierten Pläne für den Ausbau des Hamburger Schienennetzes und die nächsten Planungsschritte vor. Kern der Ausbaupläne ist die neue U-Bahn-Linie 5, die von Bramfeld durch die Innenstadt zum Osdorfer Born verläuft. Zuvor hatte der Senat die Bürgerschaft unterrichtet über den Auftrag an die HOCHBAHN und die Finanzierung von Machbarkeitsuntersuchungen.

Bürgermeister Olaf Scholz: „Moderne Städte müssen komfortable, zuverlässige und umweltfreundliche Mobilität gewährleisten. Der Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs spielt dabei eine besondere Rolle. Über die bereits auf den Weg gebrachten Vorhaben zum Ausbau von U- und S-Bahn hinaus wird die künftige U-Bahnlinie 5 einen entscheidenden Beitrag zu einem attraktiven Mobilitätsangebot in Hamburg leisten. Die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs zu steigern – das gehört zu den wichtigsten Dingen, die man tun kann, um den Ansprüchen der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.“

Geplanter Streckenverlauf

Wesentliche Abschnitte der neuen U5 sind hinsichtlich des Streckenverlaufs konkretisiert worden. In einigen Abschnitten werden noch Alternativen untersucht. Mit der neuen U-Bahn-Linie U5 in den jeweiligen Varianten können die Stadtteile Bramfeld, Steilshoop, City Nord bzw. Barmbek, Winterhude, Uhlenhorst, Grindelviertel / Universität, Hoheluft, Lokstedt, Lurup und Osdorfer Born erstmalig bzw. deutlich verbessert durch eine Schnellbahn erschlossen und leistungsfähig an die Innenstadt angebunden werden.

Im Fall einer Nordvariante westlich der Alster werden diese durch die Potenzialgebiete Stellingen / Volkspark Arenen ergänzt. Im Fall der mittleren Variante kämen Eimsbüttel, der Bereich des neuen Fernbahnhofs Altona am Diebsteich sowie Bahrenfeld Nord und Trabrennbahn dazu. Die ursprüngliche südliche Variante wurde in der Konzeptstudie verworfen, um mögliche „Kannibalisierungseffekte“ mit der S-Bahn zu vermeiden.

Senator Frank Horch: „Mit beiden Varianten können viele tausend Hamburger erstmalig einen direkten, bequem zu Fuß erreichbaren Schnellbahnanschluss erhalten. Insbesondere in den Stadtteilen Steilshoop und Osdorfer Born kann die Schnellbahn die Attraktivität der Stadtteile stärken und durch eine direkte und schnelle Anbindung an die Hamburger Innenstadt aufwerten.“

Günter Elste: „Mit dem Ausbau des U-Bahn-Netzes sichern wir in Hamburg die Mobilität für die künftigen Generationen. Die U-Bahn ist ein leistungsfähiges Verkehrssystem, das

oberflächenschonend und mit überschaubaren Eingriffen während der Bauzeit zu realisieren ist.
“

Neue Haltestellen für bestehende Linien

Auch die bereits bestehenden U-Bahn-Linien sollen weiter ausgebaut werden.

Die U1 soll eine zusätzliche Haltestelle erhalten: Zwischen Farmsen und Berne ist in **Oldenfelde** eine Haltestelle geplant, die noch in diesem Jahrzehnt realisiert werden könnte.

Neben der bereits in Bau befindlichen südlichen Erweiterung der U4 bis zur Haltestelle Elbbrücken soll im Fall einer erfolgreichen Olympiabewerbung Hamburgs zeitgerecht ein zusätzlicher Streckenabschnitt bis auf den **Kleinen Grasbrook** entstehen, um die geplanten städtebaulichen Nachnutzungen im Bereich des olympischen Dorfes optimal erschließen zu können. Eine Weiterführung bis in den Bereich **Wilhelmsburg / Kirchdorf Süd** ist zu einem späteren Zeitpunkt möglich, sofern sich durch zukünftigen Wohnungsneubau entsprechende Nachfragepotentiale ergeben.

Darüber hinaus ist eine Erweiterung der U4 in östlicher Richtung ab der Haltestelle Horner Rennbahn um zwei zusätzliche Haltestellen an der Stoltenstraße und auf der **Horner Geest / Dannerallee** geplant. Eine Inbetriebnahme dieser Strecke ist bis zum Jahr 2024 möglich.

Bei entsprechendem Bedarf könnte langfristig außerdem die Linie U2 im Osten um einen Streckenabschnitt nach **Lohbrügge und Bergedorf** erweitert werden.

Nachdem die Ausbaubedarfe des Hamburger U-Bahn-Netzes im Rahmen einer inzwischen abgeschlossenen Konzeptstudie aufgezeigt wurden, folgt nunmehr die Konkretisierung dieser Überlegungen durch vertiefende Planungsschritte. Für die U4-Verlängerungen zur Horner Geest und zum Kleinen Grasbrook hat die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation entsprechende Machbarkeitsuntersuchungen in Auftrag gegeben. Diese haben das Ziel, die verkehrliche, betriebliche, technische und wirtschaftliche Machbarkeit der Streckenabschnitte aufzuzeigen, die jeweiligen Auswirkungen auf Umwelt und Anlieger zu beurteilen sowie einen voraussichtlichen Kostenrahmen zu ermitteln. Sie sollen im Frühjahr abgeschlossen werden.

Für den ersten Bauabschnitt der U5 zur Anbindung von Bramfeld und Steilshoop an das bestehende U-Bahn-Netz wird Anfang 2015 ebenfalls eine Machbarkeitsuntersuchung beauftragt. Die weiteren Linienabschnitte der U5 folgen dann im Laufe der Jahre 2015 und 2016. Für die Haltestelle Oldenfelde konnte die Machbarkeitsuntersuchung inzwischen abgeschlossen werden. Die Planungen befinden sich bereits in der Phase der Vorentwurfs-, Entwurfs- und Genehmigungsplanung.

Mit der Realisierung erster Streckenabschnitte und Haltestellen soll bis spätestens 2020 begonnen werden. Die Umsetzung des Gesamtkonzepts ist bis 2040 möglich.

Rückfragen der Medien

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040 42841 – 1326 oder 2239

e-mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf Twitter: @HH_BWVI

27. November 2014/bwvi27



Startschuss zur neuen EFRE-Förderperiode

Staatsrat Dr. Bernd Egert:

Hamburg investiert gemeinsam mit der EU in Forschung, Entwicklung, Innovation und in den Klimaschutz

Hamburg wird in der neuen Förderperiode des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung rund 55 Mio. EU-Mittel für die Jahre 2014 bis 2020 erhalten. Die EU-Mittel werden noch einmal um den gleichen Betrag durch Landesmittel und private Mittel ergänzt, so dass insgesamt ein Budget von rund 110 Mio. Euro zur Förderung von Projekten aus den Schwerpunktbereichen „Forschung, Entwicklung und Innovation“ sowie „Reduzierung der CO₂-Emissionen in der Wirtschaft“ zur Verfügung steht.

„Die Mittel der Europäischen Union sind wichtiger Bestandteil unserer Politik. Mit ihrer Verwendung setzt Hamburg deutliche Prioritäten für eine zukunftsgerichtete Entwicklung. Die Maßnahmen, die wir mit einer sehr starken Konzentration auf die zwei thematischen Schwerpunkte „Forschung, Entwicklung und Innovation“ sowie „CO₂-Reduzierung der Wirtschaft“ ausgewählt haben, bringen den Standort voran und gehören gleichzeitig zu den wichtigsten Zielen der Strategie Europa 2020 der Europäischen Kommission.“ so **Dr. Bernd Egert**, Staatsrat der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, heute im Rathaus im Gespräch mit Journalisten. „Die bisher erfolgreiche Technologie- und Innovationsförderung sowie die Unterstützung von Unternehmen in Hamburg werden wir fortführen. Unsere Unternehmen und die Forschung sollen deutlich von der Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung profitieren. Hierzu zählt auch das umweltpolitische Ziel, die Bestrebungen der Unternehmen zu fördern, klimaschädliche Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft zu verringern.“

Die Förderung aus dem neuen Operationellen Programm EFRE-Hamburg 2014-2020 wird in der ersten Jahreshälfte 2015 nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission beginnen.

Michel-Eric Dufeil, Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, Abteilungsleiter Deutschland und die Niederlande: "Ich freue mich, dass wir die neue Förderperiode in Hamburg heute eröffnen können. Damit ist der Weg frei für Investitionen in Innovation und CO₂-armes Wachstum im Norden Deutschlands. Der Europäischen Kommission liegt die Förderung von Forschung und Entwicklung dabei besonders am Herzen. Mit den Prioritäten für den Einsatz der EFRE-Mittel in den

kommenden Jahren, die das Land und die Europäische Kommission gemeinsam erarbeitet haben, kann Hamburg zeigen, wie es seine Innovationskapazitäten stärkt und seine CO2-Emissionen verringert."

Karin Scheffel, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Leiterin des Referates Koordinierung der EU-Kohäsions- und Strukturpolitik, Transeuropäische Netze: "Dank konstruktiver, wirklich gelebter Partnerschaft auf allen Ebenen können die wichtigen Investitionen aus den EU-Strukturfonds bald überall in Deutschland fließen. Wir appellieren an die Europäische Kommission, nun so schnell wie möglich die letzten Weichen zu stellen".

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Pressestelle

Alter Steinweg 4

20459 Hamburg

Tel.: 040 42841-1326

Email: Pressestelle@bwvi.hamburg.de

www.hamburg.de/bwvi



Pressemitteilung

28. November 2014/hpa28

Schneller und staufrei: Hamburger Hafen macht Lkw Beine

- Bilanz für Pilotprojekt „smartPORT logistics“ zeigt deutliche Produktivitätssteigerungen
- ab sofort zugänglich für alle Beteiligten der Transportkette Hafen
- Echtzeit-Informationen zu Frachtaufträgen und Verkehrslage durch IT-gestütztes Verkehrsmanagement

Nach zweijähriger Pilotphase geben die Hamburg Port Authority (HPA), die Deutsche Telekom und SAP ihr gemeinsames Projekt „smartPORT logistics“ (SPL) zur offiziellen Nutzung frei. SPL ist eine IT-Lösung, die Unternehmen, Partner und Kunden des Hafens auf der Ebene des Verkehrsmanagements eng miteinander vernetzt. Im Pilotbetrieb konnten die teilnehmenden Speditionen ihre Produktivität durch die deutliche Reduzierung von Wartezeiten um mehr als zwölf Prozent steigern.

Mit der Öffnung der SPL Services für alle an der Transportkette Beteiligten geht der Hamburger Hafen einen weiteren Schritt, um seine Qualität und seine Effizienz als wichtigen Teil der Lieferkette zu erhöhen. SPL nutzt als Basis eine übergreifende IT-Plattform, die mit mobilen Applikationen – sogenannten Apps – kombiniert ist. Dadurch sind aktuelle und vorausschauende Informationen über das Verkehrsgeschehen rund um den Hafen mithilfe mobiler Endgeräte wie Tablet-PCs oder Smartphones, aber auch über in den Fahrerkabine installierte Telematikeinheiten abrufbar.

Durch die Nutzung der Services steht allen an der Transportkette Beteiligten ein zentrales Lagebild zur Verkehrs- und Infrastruktursituation im Hamburger Hafen zur Verfügung. Die Lkw-Fahrer erhalten in Echtzeit Verkehrsinformationen vom ADAC sowie Parkrauminformationen und personalisierte, routenbezogene Benachrichtigungen zur Verkehrssituation im und um den Hafen aus dem Port-Road-Managementsystem der HPA. Gleichzeitig können die beteiligten Speditionen ihre Transportaufträge verfolgen und mit allen Beteiligten vereinfacht kommunizieren.

Die SPL Services verknüpfen bislang nur isoliert verfügbare Informationen und Smart Device Apps. Sie sind ohne großen IT-Aufwand als sogenanntes Software-as-a-Service-Angebot zu flexiblen Konditionen nutzbar. Das zentrale Lagebild zur Verkehrs- und Infrastruktursituation im Hamburger

Hafen sowie die bedarfsorientierte Vernetzung über eine zentrale Public Cloud bieten höchstmögliche Transparenz und erleichtern damit Entscheidungen. Je mehr Beteiligte das System aktiv nutzen, desto besser können die Potenziale zur Verkürzung von Lkw-Wartezeiten und Stauminimierung im Hafen und auf den Zufahrtswegen ausgeschöpft werden.

Pressekontakte

Hamburg Port Authority

Pressestelle

Tel.: 040 42847-2300

pressestelle@hpa.hamburg.de

Deutsche Telekom AG

Corporate Communications

Tel.: 0228 181 – 4949

medien@telekom.de

SAP SE

Hilmar Schepp

Tel.: 06227 7-57679

hilmar.schepp@sap.com

Cathrin von Osten

Tel.: 06227 7-63908

cathrin.von.osten@sap.com

Über die Deutsche Telekom

Die Deutsche Telekom ist mit über 142 Millionen Mobilfunkkunden sowie 31 Millionen Festnetz- und mehr als 17 Millionen Breitbandanschlüssen eines der führenden integrierten Telekommunikationsunternehmen weltweit (Stand 31. Dezember 2013). Der Konzern bietet Produkte und Dienstleistungen aus den Bereichen Festnetz, Mobilfunk, Internet und IPTV für Privatkunden sowie ICT-Lösungen für Groß- und Geschäftskunden. Die Deutsche Telekom ist in rund 50 Ländern vertreten und beschäftigt weltweit rund 229.000 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2013 erzielte der Konzern einen Umsatz von 60,1 Milliarden Euro, davon wurde mehr als die Hälfte außerhalb Deutschlands erwirtschaftet.

Über die Hamburg Port Authority

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenbahnanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. Sie vermarktet spezielles, hafen-spezifisches Fachwissen und nimmt die hamburgischen Hafeninteressen auf nationaler und internationaler Ebene wahr.

www.hamburg-port-authority.de

Über SAP

Als Marktführer für Unternehmenssoftware unterstützt die SAP SE Firmen jeder Größe und Branche, ihr Geschäft profitabel zu betreiben, sich kontinuierlich anzupassen und nachhaltig zu wachsen. Vom Back Office bis zur Vorstandsetage, vom Warenlager bis ins Regal, vom Desktop bis hin zum mobilen Endgerät – SAP versetzt Menschen und Organisationen in die Lage, effizienter zusammenzuarbeiten und Geschäftsinformationen effektiver zu nutzen als die Konkurrenz. Mehr als 263.000 Kunden setzen auf SAP-Anwendungen und -Dienstleistungen, um ihre Ziele besser zu erreichen. Weitere Informationen unter www.sap.de.

24. November 2014/pr24

Bekanntnis zum Wirtschafts- und Logistikstandort Hamburg

Achtes Logistikdinner im Hamburger Rathaus

Beim achten Logistikdinner im Hamburger Rathaus hat Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz die Bedeutung der Stadt als Wirtschafts- und Logistikstandort betont: „Hamburg ist das vielzitierte Tor zur Welt. Damit das so bleibt, hat die Freie und Hansestadt trotz knapper öffentlicher Kassen die Hafeninfrastruktur vom Schienen- über das Straßennetz bis zu den Hafenterminals in weiten Bereichen modernisiert und ausgebaut. Mit einer Vielzahl weiterer Investitionen machen wir den Hamburger Hafen fit für die steigenden Anforderungen wachsender Güterverkehrsströme.“

Für Scholz seien darüber hinaus „leistungsfähige Straßen und Schienen Voraussetzung für Wachstum, den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen. Deshalb sind wir dabei, unsere Straßen und unsere Verkehrskonzepte den Bedürfnissen einer wachsenden Stadt anzupassen.“ Der Senat sei zudem „davon überzeugt, dass die Digitalisierung insbesondere im Bereich der Logistik zu weiterem Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in der Stadt führt. Daher ist es unerlässlich, die Nutzungseffizienz der Infrastruktur durch Digitalisierung und Vernetzung zu verbessern und den Verkehrsfluss zu optimieren.“

Der Bürgermeister schlug den Bogen vom erfolgreichen Logistikstandort zu Wissenschaft und Forschung in Hamburg: „Die Stadt bietet den Unternehmen gute Rahmenbedingungen, indem sie die anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur gezielt ausbaut. Das neue Fraunhofer-Center für maritime Logistik und Dienstleistungen ist ein riesiger Erfolg und wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer Innovationshauptstadt in Europa. Bis 2015 erhält das Fraunhofer-Center eine Anschubfinanzierung aus Mitteln der Stadt in Höhe von sechs Millionen Euro und Hamburg wird damit zum Januar 2015 in die Fraunhofer-Gesellschaft aufgenommen.“

Ehrengast und Festredner des Abends war Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler **Sigmar Gabriel**.

Rückfragen:

Jan Büchner

Pressestelle des Senats

Tel.: 040 / 428 31 - 21 83

E-Mail: Jan.Buechner@sk.hamburg.de

25. November 2014/bwf25

Leinen los für den Fraunhofer-Standort Hamburg

Ab 1. Januar 2015 beteiligen sich mit der Hansestadt Hamburg nun alle 16 Bundesländer an der gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Finanzierung der Fraunhofer-Gesellschaft. Das Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen CML wird in diesem Zuge als Institutsteil des Dortmunder Fraunhofer-Instituts für Materialfluss und Logistik IML verstetigt.

Das Land Hamburg tritt zu Beginn des kommenden Jahres der Ausführungsvereinbarung zum Abkommen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) über die gemeinsame Förderung der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. bei. Damit beteiligt sich die Hansestadt an der gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Finanzierung der Fraunhofer-Gesellschaft. Einen Antrag auf Aufnahme in den Kreis der Sitzländer hatte Hamburg für die November-Sitzung des Fraunhofer-Ausschusses gestellt. Bislang war die Freie und Hansestadt als einziges der 16 Bundesländer dort noch nicht Mitglied. Mit dem Beitritt des Landes ist die Umwandlung des CML in eine dauerhafte Fraunhofer-Einrichtung verbunden. Hierüber entschied der Vorstand der Fraunhofer-Gesellschaft nach erfolgreicher Evaluierung der Institution Mitte Juni: Das Center wird künftig als Institutsteil des IML in Dortmund weitergeführt. Zudem beschloss der Fraunhofer- Ausschuss in seiner Sitzung am 21. November 2014 die Aufnahme des CML in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder. »Die Evaluation hat uns das große Potenzial des CML am Standort Hamburg gezeigt. In enger Vernetzung mit der Wissenschaftslandschaft der Hansestadt hat es sich als kompetenter Ansprechpartner für die maritime Industrie und die damit verbundene Logistikbranche etabliert. Wir freuen uns sehr, dass das Land dem Abkommen beitrifft«, erklärte **Professor Reimund Neugebauer**, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft. Hamburgs Senatorin für Wissenschaft und Forschung, **Dr. Dorothee Stapelfeldt**, betonte: „Hamburgs Beitritt zur GWK-Ausführungsvereinbarung der Fraunhofer-Gesellschaft ist ein bedeutender Schritt, um die Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft in Hamburg zu stärken. Damit sind mit der Fraunhofer-Gesellschaft in Zukunft Einrichtungen sämtlicher von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Forschungsorganisationen in der Hansestadt vertreten. Das ist ein wichtiges Signal für den Wissenschaftsstandort Hamburg, das konkreten Nutzen für die Forschungsinfrastruktur der Hansestadt bringt.“

Alleinstellungsmerkmal maritime Logistik

Als Projektgruppe des Dortmunder Fraunhofer IML gegründet, entwickelt und optimiert das CML seit 2010 Prozesse und Systeme entlang der gesamten maritimen Logistikkette vom Schiff über die Häfen und Terminals bis zum Hinterland. Mit seiner praxisorientierten Forschung unterstützt das Center private und öffentliche Auftraggeber aus den Bereichen Hafenbetrieb und Logistikdienstleistung sowie Schiffsmanagement und Schifffahrt dabei, Innovationen voranzubringen und sie schnell in Anwendungen zu bringen. So entwickelten die Experten beispielsweise beim EU-Projekt MUNIN gemeinsam mit Partnern aus fünf Ländern das Konzept für ein autonomes Schiff – einen Massengutfrachter, der ohne Besatzung die Weltmeere befährt. Das CML ist eng an die Technische

Universität Hamburg-Harburg TUHH angebunden. Leiter Professor Dr.-Ing. Carlos Jahn führt an der TUHH zugleich das Institut für »Maritime Logistik«. Die Verantwortung auf Ebene des Mutterinstituts IML liegt in den Händen von Professor Dr.-Ing. Uwe Clausen. Ihm untersteht als Institutsleiter am IML der Bereich »Logistik, Verkehr und Umwelt«.

Fraunhofer-Standort Hamburg

Zwei weitere Forschungseinheiten von Fraunhofer sind in Hamburg angesiedelt. Zum einen das Fraunhofer-Anwendungszentrum Leistungselektronik für Regenerative Energiesysteme ALR. Es wird derzeit mit Hamburger Landesmitteln an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg als Außenstelle des Fraunhofer-Instituts für Siliziumtechnologie ISIT in Itzehoe aufgebaut. Ziel des Zentrums ist es, die Erneuerbaren Energien als Forschungsschwerpunkt in Hamburg zu stärken. Zum anderen wurde im Juli 2014 der European ScreeningPort ESP, ein fokussierter Anbieter für hochspezialisierte Forschungsdienstleistungen in der vorklinischen Medikamentenentwicklung unter der Leitung von Professor Dr. Carsten Claussen in das Fraunhofer-Institut für Molekularbiologie und Angewandte Oekologie IME mit Hauptsitz in Aachen überführt.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Julia Rauner
Tel: 040/42863-2339
E-Mail: julia.rauner@bwf.hamburg.de

Fraunhofer-Gesellschaft
Pressesprecherin, Beate Koch
Telefon: 089/1205-1333
E-Mail: presse@zv.fraunhofer.de

27. November 2014/kb27



Eröffnung der Silent University Hamburg

Ein künstlerisches Projekt von Ahmet Ögüt initiiert von Curating the City e.V. in Kooperation mit Stadtkuratorin Hamburg

Die Silent University eröffnet eine Plattform zum akademischen Wissensaustausch zwischen einer interessierten Öffentlichkeit und Flüchtlingen und Asylsuchenden, die auf Grund ihrer Fluchtgeschichte und sprachlichen Barrieren bislang keine akademische Arbeit in Hamburg ausüben können. Das Projekt des kurdischen Künstlers Ahmet Ögüt wurde bereits erfolgreich in Kooperation mit der Delfina Foundation und Tate Modern in London und Tensta Konsthall und ABF in Stockholm etabliert. Die Silent University Hamburg ist als Langzeitprojekt angelegt und wird über 18 Monate in Kooperation mit Curating the City e.V., Stadtkuratorin Hamburg, W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. und Zusammen Leben & Arbeiten e.V. durchgeführt.

Mit der Silent University Hamburg wird eine eigenständige Plattform zum Wissensaustausch von und für Menschen mit Flüchtlingsstatus, Asylsuchende sowie für Interessierte geschaffen. Angesprochen werden vor allem diejenigen, die eine akademische und berufliche Ausbildung in ihren Heimatländern abgeschlossen haben, in Hamburg jedoch aufgrund des Aufenthaltsstatus nicht arbeiten können. Seit September 2014 erarbeiten die Dozentinnen und Dozenten und Beraterinnen und Berater der Silent University Hamburg Möglichkeiten, wie das vorhandene akademische Wissen zur Anwendung kommen kann, welches im Kontext von Flucht, Asyl und Einwanderung keinen Raum mehr hat. In der Silent University wird das „zum Schweigen gebrachte Wissen“ reaktiviert, indem Menschen mit Flüchtlingsstatus und Asylsuchende zu Dozentinnen und Dozenten werden und ihnen dadurch zu Eigenständigkeit und Anerkennung verholfen werden soll. Die Dozentinnen und Dozenten entwickeln je nach akademischem oder beruflichen Hintergrund sowie aktuellen Interessen Seminarangebote. Für einen erweiterten Austausch werden internationale Gäste zu öffentlichen Vorträgen und Gesprächen eingeladen. Interessierte können sich als Studierende auf der Webseite des Projekts einschreiben: <http://thesilentuniversity.org> Die Silent University Hamburg ist eingebunden in ein internationales Netzwerk und soll ab 2016 eigenständig in Trägerschaft des Vereins Curating the City e.V. weitergeführt werden.

Ahmet Ögüt (geb. 1981 in Diyarbakır, Türkei) lebt und arbeitet in Istanbul und Helsinki. Seit 2014 ist er Gastprofessor an der Kunstakademie Kuvataideakatemia in Helsinki. Er ist Initiator von The Silent University und Aciliyet Mektebi (Studio of Urgency) und vertrat 2009 die Türkei auf der 53. Biennale Venedig. Ögüt wurde 2013 mit dem Visible Award der Cittadellarte – Fondazione Pistoletto & Fondazione Zegna für The Silent University ausgezeichnet. Seine Werke werden in internationalen Einzel- und Gruppenausstellungen gezeigt: u. a. 19. Sydney Biennale (2014), ICA, Institute of

Contemporary Arts, London (2014), Palais de Tokyo, Paris (2013), Van Abbemuseum, Eindhoven (2012), 7. Liverpool Biennale (2012), 5. Bukarest Biennale (2012), 12. Istanbul Biennale (2011).

Die Silent University Hamburg wird gefördert aus Mitteln des Elbkulturfonds und der Kulturstiftung des Bundes.

Termine:

Donnerstag, 4. Dezember 2014, 19 Uhr

W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Silent University Hamburg

Präsentation und Gespräch mit Carlos Cruz (Koordinator Silent University London), Sophie Goltz (Künstlerische Leiterin Stadtkuratorin Hamburg), Marenka Krasomil (Koordinatorin Silent University Hamburg) und Hamburger TeilnehmerInnen der Silent University.

In deutscher und englischer Sprache mit deutscher und englischer Übersetzung.

Dienstag, 06. Januar 2015, 19 Uhr

Büro Stadtkuratorin Hamburg, Hafensstraße 96, 20359 Hamburg

Socially Engaged Art: The Silent University Principle

Lecture-Performance mit Ahmet Ögüt (Künstler, Istanbul / Helsinki).

In englischer Sprache mit deutscher Übersetzung.

Dienstag, 10. Februar 2015, 19 Uhr

W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Toward a Transversal Pedagogy

Vortrag und Gespräch mit Nikitha Dhawan (Professorin für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck) und María do Mar Castro Varela (Professorin für Soziale Arbeit / Allgemeine Pädagogik, Alice Salomon Hochschule, Berlin).

In deutscher Sprache mit englischer Übersetzung.

Weitere Termine und Informationen unter www.stadtkuratorin-hamburg.de

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

Lisa Britzger

Kommunikation Stadtkuratorin Hamburg

Tel.: 0179 / 5548663

presse@stadtkuratorin-hamburg.de

28.11.2014/kb28

Jury entscheidet über Vergabe der Mittel aus dem Elbkulturfonds

Zum dritten Mal wird die Freie Szene mit 500.000 Euro gefördert

Aus Mitteln der Kultur- und Tourismussteuer fördert die Kulturbehörde bereits zum dritten Mal verschiedene Projekte der Freien Szene mit 500.000 Euro. Die Auswahl oblag einer unabhängigen Jury, die die Anträge aufgrund ihrer überregionalen Strahlkraft, Innovation und Vielseitigkeit ausgewählt hat, wie es die Kriterien zur Förderung verlangen.

In der Auswahl der Projekte spiegelt sich in diesem Jahr ein inhaltlicher roter Faden der Jury wider: Das Thema Migration und die Lage von Flüchtlingen in Deutschland. Mit ihrer Entscheidung möchte die Jury die Aktualität dieses Themas akzentuieren. Die verschiedenen Projekte nähern sich dabei spartenübergreifend aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Betrachtungsweisen dem Thema.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Für die Hamburger Kulturlandschaft ist es sehr wichtig, dass auch die Freie Szene gestärkt wird. Mit dem Elbkulturfonds verfolgen wir das Ziel, die Kunst- und Kreativszene in Hamburg zu unterstützen und die Attraktivität Hamburgs als Ort der Kunst- und Kreativszene zu stärken.“

Sabina Dhein, Jurymitglied: „Um auch in den kommenden Jahren hochwertige Projekte fördern zu können, sollte Hamburg den Auf- und Ausbau der Infrastruktur für Künstlerinnen und Künstler fortsetzen. Die Bemühungen der Kulturbehörde im Oberhafen sind ein guter Anfang einer langfristigen Strategie.“

Der Jury gehörten dieses Jahr Frau Prof. Sabina Dhein, Hochschule für Musik und Theater, Hamburg, Herr Prof. Dr. Florian Matzner, Akademie der Bildenden Künste, München, Herr Prof. Dr. Friedrich von Borries, Hochschule für Bildende Kunst Hamburg, Herr Matthias von Hartz, Berliner Festspiele, Berlin und Frau Dr. Margarte Zander, freie Journalisten Berlin/Hamburg, an. Wie bereits in den Jahren 2013 und 2014 wurden sieben zu fördernde Projekte benannt.

Folgende Projekte werden aus Mitteln des Elbkulturfonds 2015 gefördert:

port_m[igration]

Förderhöhe: 100.000 Euro

Antragsteller: Hannimari Jokinen

L'homme machine

Fördersumme: 86.000 Euro

Antragsteller: Jan Dvorak

The Silent University

Fördersumme: 87.520 Euro

Antragsteller: Curating the City, Marenka Krasomil

SIG.ARCH.WELT.EXPO

Fördersumme: 50.280 Euro

Antragssteller: Baltic Raw

Der Botschafter: ein deutsch-afrikanisches Singspiel

Fördersumme: 52.800 Euro

Antragssteller: Gintersdorfer/Klaßen

EUNUS (AT)

Fördersumme: 57.914 Euro

Antragssteller: Jana Beckmann, Rami Chahin, Michael Isenberg

„Planet Hamam – Das osmonische Reich“

Förderhöhe: 63.000 Euro

Antragsteller: Jens Dietrich

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Terminkalend

er

Vom 1. Dezember bis 7. Dezember 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 01.12.2014

- 09:30** Borgfelder Straße 16
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Einzugs Studierender in das sanierte Wohnheim „Gustav-Radbruch-Haus“** ein Grußwort.
- 10:00** Handelskammer Hamburg, Kolumbus-Zimmer, Adolphsplatz 1
Senator Michael Neumann nimmt an der **Kuratoriumssitzung der Stiftung Leistungssport** teil.
- 12:30** Bundeskanzleramt, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt am **7. Integrationsgipfel der Bundesregierung** teil und stellt das **Hamburger Modell der Jugendberufsagentur** vor.
- 13:00** Privathotel Lindtner Hamburg, Heimfelder Straße 123
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht anlässlich des **4. Wissenschaftstages „Logistik trifft Wissenschaft“** ein Grußwort.
- 13:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt den **Honorarkonsul der Republik Singapur, Dr. Dirk Lorenz-Meyer, zum Antrittsbesuch.**
- 14:30** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Weihnachtsfeier der Gewerkschaft IG BCE Senioren** ein Grußwort.
- 14:30** Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt **Prof. Dr. Amrita Narlikar, seit Oktober 2014 neue Präsidentin des GIGA - German Institute of Global and Area Studies, zum Antrittsbesuch.**
- 18:00** Hotel Atlantic
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast beim **15. Galaabend „Movie meets Media“.**
- 19:30** Katholische Akademie, Herrengraben 4
Senator Michael Neumann nimmt an der **Veranstaltung der Katholischen Akademie zum Thema „Recht oder Nächstenliebe – Was bestimmt die Politik“** teil.

Dienstag, den 02.12.2014

- 13:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt eröffnet die Ausstellung zum **Tag der Klimawissenschaften.**

- 14:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Bürgermeister Olaf Scholz spricht zur **Eröffnung des Tages der Klimawissenschaften** ein Grußwort.
- 18:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Jutta Blankau spricht beim **Senatsempfang anlässlich des Tags der Klimawissenschaften in Hamburg** ein Grußwort.
- 18:00** Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72-79
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Michael Sachs nehmen am **Empfang des japanischen Konsuls Yasushi Fukagawa anlässlich des Geburtstags des Kaisers von Japan** teil.
- 18:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **Generalkonsulin Indonesiens, Sylvia Arifin**, zum Antrittsbesuch.
- 19:00** Rathaus, Kaisersaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an einer **Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Religionen und Dialog in der Stadt Hamburg“** teil.

Mittwoch, den 03.12.2014

- 10:00** Asklepios Westklinikum, Suuhrheid 20
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Einweihung der Soteria-Station** ein Grußwort.
- 10:30** Lüneburg, Dahlenburger Landstraße 62, TZH - Technologiezentrum der Handwerkskammer
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt im Rahmen der **Informationsveranstaltung zum INTERREG B Nordseeprogramm des Bundes und der norddeutschen Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein** an einer Podiumsdiskussion teil.
- 12:00** MAN Diesel & Turbo SE, Hermann-Blohm-Straße 5
Bürgermeister Olaf Scholz besucht das **MAN-Turbinenwerk im Hamburger Hafen**.
- 12:00** CCH Congress Center Hamburg, Marseiller Str. 1
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Eröffnung des Kongresses der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI)** ein Grußwort.
- 13:00** Gebäude der Patriotischen Gesellschaft, Trostbrücke 6
Senator Michael Neumann nimmt an der **Personalversammlung des Einwohnerzentralamtes** teil.
- 14:00** Bekassinenau 30c
Senator Michael Neumann spricht beim **Richtfest des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Oldenfelde-Siedlung** ein Grußwort.
- 15:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Detlef Scheele eröffnet den **Senatsempfang anlässlich der ersten Auszeichnung der Wegbereiter der Inklusion** mit einem Grußwort.
Senator Michael Neumann hält eine Laudatio.

- 16:00** Altonaer Kaispeicher, Große Elbstraße 27
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Jahresempfangs des Altonaer Spar- und Bauvereins eG** ein Grußwort.

Senatorin Jutta Blankau nimmt teil.
- 17:00** Norderstedt, Am Kulturwerk 1
Senator Frank Horch nimmt an einer **Diskussionsveranstaltung anlässlich der Segeberger Wirtschaftstage „Zusammen wachSEN“ der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg mbH (WKS)** teil.
- 17:30** Hafencity Universität
Bürgermeister Olaf Scholz stellt gemeinsam mit dem **Autor, Uli Hellweg, das Buch „Stadt in der Stadt bauen“** vor.
- 18:00** Berlin, Tiergartenstraße 25, Residenz des Botschafters von Japan
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am **Empfang anlässlich des Geburtstages seiner Majestät Kaiser Akihito** teil.
- 19:00** Hamburgische Staatsoper, Dammtorstraße 28
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Vorstellung „Die Zauberflöte“**.
- 19:00** Baseler Hof Säle, Esplanade 15
Senator Detlef Scheele nimmt an einer **Podiumsdiskussion anlässlich der Präsentation einer Studie „Was Hänschen nicht lernt....? Ergebnisse zur frühkindlichen Sozialisation aus Biologie, Psychologie, Linguistik und Ökonomie“ der Akademie der Wissenschaften in Hamburg** teil.
- 19:00** Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht im Rahmen des **Senatsempfangs anlässlich des Welt-Aids-Tages** ein Grußwort.
- 19:00** Passage-Kino, Mönckebergstraße 17
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die Premiere des **„Tatort“**.
- 19:00** BILD-Hamburg Redaktion, Kaiser-Wilhelm-Straße 20
Bürgermeister Olaf Scholz ist zu Gast bei der **„Red Night“ von BILD Hamburg**.

Senator Michael Neumann nimmt teil.
- 20:00** Thalia Theater, Alstertor 1
Herr Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn besucht die **Vorstellung „Deutschstunde“ nach dem Roman von Siegfried Lenz**.

Donnerstag, den 04.12.2014

- 08:00** Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt junge Diplomatinen und Diplomaten aus West-, Mittel- und Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien, die im Rahmen des **10. Jahrgangs des Diplomatenkollegs (einer Initiative des Auswärtigen Amtes und der Robert Bosch Stiftung)** Deutschland besuchen.
- 13:00** Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt die **Botschafterin des Königreichs Norwegen, Elisabeth Walaas, zum Antrittsbesuch**.

- 14:00** Schmidt's Tivoli, Spielbudenplatz
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Hamburg Model United Nations (HamMUN) 2014** ein Grußwort.
- 14:00** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Fachtagung „Interkulturelle Elternarbeit 2014“ des Vereins Unternehmer ohne Grenzen** ein Grußwort.
- 15:00** Music House, Haldesdorfer Straße 106
Staatsrat Jens Lattmann spricht bei der **Jahresversammlung der Deutschen Steuergewerkschaft** ein Grußwort.
- 17:45** Hauptkirche St. Katharinen, Katharinenkirchhof 1
Bürgermeister Olaf Scholz ist zu Gast beim **Adventsempfang der Nordkirche**.

Senator Detlef Scheele, Staatsrat Jan Pörksen und Staatsrat Volker Schiek nehmen teil.
- 18:00** Geschäftsstelle NABU, Klaus Grothe Straße 21
Senatorin Jutta Blankau nimmt an der **Diskussionsveranstaltung mit dem NABU zur wachsenden Stadt** teil.
- 18:00** Nochtpeicher, Bernhard-Nocht-Str. 69a
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht beim **MUSIC WORKS Day 2014** ein Grußwort.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich der **Preisverleihung der Schwarzkopf-Stiftung** ein Grußwort.
- Freitag, den 05.12.2014**
- 08:30** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senator Dr. Tschentscher spricht anlässlich der **30. Hamburger Tagung zur Internationalen Besteuerung** ein Grußwort.
- 11:00** Suhrenkamp 66
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Spatenstichs für den zweiten und dritten Bauabschnitt des SAGA GWG-Neubauprojektes Am Weißenberge (Langenhorn)** ein Grußwort.
- 12:30** Berlin, Gemeinschaftshaus Felleshus der Nordischen Botschaften, Rauchstr. 1
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am **Empfang anlässlich des Nationalfeiertages der Republik Finnland** teil.
- 13:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrat Dr. Hill begrüßt den **Kommandanten des NATO Flottenverbandes**.
- 14:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den neuen **Generalkonsul der Republik Polen, S.E. Marian Cichosz, zum Antrittsbesuch**.
- 15:00** Marriott-Hotel, ABC-Straße
Staatsrat Andreas Rieckhof spricht anlässlich des **Auftakttreffens „Nachhaltige Mobilität 2.0“ des World Business Council for sustainable Development**

(WBCSD) ein Grußwort.

- 16:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **norwegische Botschafterin, Elisabeth Walaas, zum Antrittsbesuch.**
- 18:00** Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika, Alsterufer 27
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Senator Dr. Peter Tschentscher sind zu Gast beim **traditionellen „Christmas Tree Lightning“ 2014.**
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Helferempfangs „Hamburg engagiert sich“** ein Grußwort.
- 19:30** 01069 Dresden, Lingnerplatz 1
Senator Michael Neumann nimmt am **Vorabendempfang zur DOSB-Mitgliederversammlung** teil.

Samstag, den 06.12.2014

- 09:00** Maritim Hotel, Dresden, Ostra-Ufer 2
Senator Michael Neumann nimmt an der **Mitgliederversammlung des DOSB** teil.
- 11:30** Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64
Staatsrätin Elke Badde spricht beim **sportmedizinischen Jubiläumskongress** ein Grußwort.

Sonntag, den 07.12.2014

- 11:00** Deutsches Schauspielhaus Hamburg
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Prof. Barbare Kisseler, Senator Dr. Peter Tschentscher und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen an der **12. Verleihung des Marion Dönhoff Preises für internationale Verständigung und Versöhnung** teil.
- 16:00** Friedrich-Ebert-Halle, Alter Postweg 30-38
Senator Michael Neumann nimmt an der **Starpyramide 2014** teil.
- 18:00** Hamburgische Staatsoper, Dammtorstr. 28
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn besuchen die **Premiere des Balletts „Napoli“ von August Bournonville (Lloyd Riggins).**